

2. Prolog: Die Debatte um das Berliner Schloss

Mit diesem Prolog soll vor dem eigentlichen Untersuchungszeitraum ein Streitfall der DDR-Denkmalpflege in den Fokus gerückt werden, um – so die These – auf Akteure und Problemfelder eingehen zu können, die sich bereits vor 1952 etabliert haben (oder die zumindest ihren Ursprung in dieser Zeit hatten) und die den eigentlichen Untersuchungszeitraum nachhaltig geprägt haben. Die Debatte um Abriss oder Erhalt des Berliner Schlosses offenbart (Personen-)Netzwerke, die über die Schlosskontroverse hinaus erhalten geblieben sind. Auch spätere Regierungsentscheidungen für oder gegen bestimmte Rahmenbedingungen und Strukturen der staatlichen bzw. institutionellen¹ Denkmalpflege werden angesichts der Debatte um das Schloss nachvollziehbarer.

Der Prolog soll einen ersten Eindruck davon vermitteln, in welcher Situation die Denkmalpflege war, bevor sich die institutionelle Denkmalpflege in der DDR etablieren konnte. Welche Akteure prägten die Debatten? Welche Problemfelder kündigten sich an? Innerhalb welcher Strukturen sollte sich die (institutionelle) Denkmalpflege entwickeln?

Die Debatte um das Berliner Schloss ist zur Klärung dieser Fragen und für das Aufzeigen denkmalpflegerischer Handlungsspielräume sehr gut geeignet, da sie nach 1945 und vor der Gründung der institutionellen Denkmalpflege sowie vor der Etablierung der eigentlichen staatlichen Strukturen der DDR die erste große Diskussion über den Umgang mit einem noch vorhandenen Denkmalobjekt war. Zugleich symbolisierte sie Anspruch und Veränderungswillen der sozialistischen DDR-Regierung in Abgrenzung zur Bundesrepublik. Am Diskurs waren

1 Während der Begriff staatlich anzeigt, dass etwas den Staat betrifft oder dem Staat gehört bzw. vom Staat geführt wird, versteht man unter Institutionen Regelsysteme, die eine bestimmte soziale Ordnung hervorrufen. Oder, um mit Jean-Jacques Rousseau zu sprechen: Institutionen sind Arenen, in denen politische Handlungen stattfinden. Im Sinne Rousseaus sollen in dieser Arbeit Institutionen als Orte von Aushandlungsprozessen in den Blick genommen werden, weshalb insbesondere dem Zeitraum der Etablierung von Institutionen ein besonderes Augenmerk zugesprochen werden soll. Denn, wie erfolgen Aushandlungsprozesse und wie werden politische Handlungen umgesetzt, wenn sich die Institution noch im Entstehen befindet?



Abb. 1: Aufbauplan für das Zentrum des neuen Berlin

darüber hinaus zahlreiche Denkmalpfleger, Kunsthistoriker und Architekten beteiligt, die bereits an dieser Stelle als Akteure und mögliche Protagonisten für den eigentlichen Untersuchungszeitraum in den Blick genommen bzw. als solche hinterfragt werden können.

Während das Schloss selbst, als Denkmalobjekt, an dieser Stelle zwar kaum Beachtung findet, ist dennoch die diesbezügliche Debatte aufschlussreich, denn sowohl die Diskussionen um das Schloss als auch die sich gegenüberstehenden Parteien prägten die Denkmalpflegenetzwerke in der DDR nachhaltig und über das Bestehen der DDR hinaus.

Das Berliner Schloss war am 3. Februar 1945 schwer beschädigt worden. Dennoch ist es nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Teilen für Ausstellungen, aber auch von der Berliner Verwaltung genutzt worden, ein Wiederaufbau wurde als möglich erachtet. Erst auf dem III. Parteitag der SED wurde am 22. Juli 1950 von Walter Ulbricht der Öffentlichkeit indirekt bekanntgegeben, dass das Schloss nicht länger Bestandteil der Aufbauplanungen im Stadtzentrum von Berlin sein würde.² Es sollte dann bis zum 23. August 1950 dauern, bis der Ministerrat der

2 So sagte Ulbricht: „Das Zentrum der Hauptstadt, der Lustgarten und das Gebiet der jetzigen Schloßruine, muß zu dem großen Demonstrationsplatz werden, auf dem Kampfwille und Aufbauwille unseres Volkes Ausdruck finden können.“ Kurz zuvor hatte Ulbricht die rhetori-

provisorischen Regierung der DDR entschied, dass das Schloss nicht länger Bestandteil der Aufbaubestrebungen im Berliner Zentrum sein würde. So heißt es im Protokoll: „Das Schloß soll unter Sicherung der darin enthaltenen kulturellen Werte abgebrochen werden.“³ Dieser Beschluss wurde von der *Berliner Zeitung* am 27. August 1950 veröffentlicht, zusammen mit einem Modell des Stadtzentrums, aus dem ersichtlich wird, dass auf dem Schlossareal ein Regierungsgebäude sowie eine Tribüne entstehen sollten (Abb. 1). Mit dem Beginn der Schlosssprengung am 7. September 1950 wurde letztlich auch das Ende der Diskussionen um den Erhalt dieses Denkmals besiegelt. Bis Ende des Jahres 1950 war das gesamte Schloss – trotz massiver Proteste innerhalb und außerhalb der DDR – abgetragen und es verschwand (zumindest substanziell) aus dem Zentrum Berlins.⁴

Anja Tuma bewies in ihrer Dissertation⁵ über die Arbeit des Wissenschaftlichen Aktivs⁶ am Berliner Schloss eindrucksvoll, dass die Geschichte um den Abriss des Berliner Schlosses hochkomplex, politisch und letztlich unvereinbar war mit denkmalpflegerischen Idealen, die das Aktiv umzusetzen versucht hatte. Ungeachtet der zahlreichen zum Berliner Schloss veröffentlichten Publikationen

sche Frage gestellt: „Wäre es nicht zweckmäßig, im Zentrum der Stadt den Straßenzug von der Stalinallee bis zum Brandenburger Tor wiederaufzubauen, den Lustgarten und den Alexanderplatz als die beherrschenden Plätze des Stadttinnern zu architektonisch schönen Plätzen zu gestalten, durch den Arbeitsenthusiasmus der Berliner Bevölkerung die alten schönen Gebäude an diesen Plätzen und an der Hauptstraße architektonisch schön im Sinne des Volksempfindens zu gestalten?“ In: Ulbricht, Walter: III. Parteitag der SED. Der Fünfjahrplan und die Perspektiven der Volkswirtschaft. Referat und Schlußwort auf dem III. Parteitag der SED, Berlin, 20. bis 24. Juli 1950, Berlin 1951, S. 49–50.

- 3 BArch, DC 20–I/3/28 38, Bl. 3, Sitzung der Provisorischen Regierung der DDR vom 23.08.1950, Dokumente zu den Tagesordnungspunkten 1950.
- 4 Wie weitreichend die Folgen dieser politischen Entscheidung gewesen sind und wie sehr sie die Debatten um Denkmalpflege, Städtebau und die Gestaltung von Stadtzentren geprägt hat und weiterhin prägt, wird unter anderem auch anhand eines Artikels mit dem Titel „32 Millionen DM“ der *Süddeutschen Zeitung* vom 3. August 2016 deutlich. Darin wird nach mehr als 60 Jahren anhand eines „unbekannten“ Gutachtens über die damaligen Möglichkeiten zum Erhalt des Schlosses diskutiert.
- 5 Anja Tuma: *Denkmalpflege am Berliner Schloss. Über die Dokumentation des Wissenschaftlichen Aktivs seit der Sprengung des Schlosses 1950. Mit einem Katalog erhaltener Fragmente*, in: *Die Bauwerke und Kunstdenkmäler von Berlin*, Bd. 38 (Beiheft), Berlin 2016.
- 6 Beim Wissenschaftlichen Aktiv handelte es sich um eine Gruppe von Professoren und Studierenden, die unter der Leitung von Gerhard Strauss mit der Dokumentation des Berliner Schlosses betraut wurde. Sie teilte sich in eine Gruppe von Kunsthistorikern und in eine weitere von Architekten auf, die den Zustand der Schlossruine, die (kunst-)historische Bedeutung einzelner Bau- und Schmuckelemente sowie eine bauforscherische Untersuchung vornahmen. Vgl. Anja Tuma: *Denkmalpflege am Berliner Schloss*.

sollen hier die Personen und Institutionen, die die Debatte um das Schloss geprägt haben, dezidiert in den Blick genommen werden. Allerdings nicht, um den Umgang mit dem Denkmalobjekt zu thematisieren oder zu analysieren, sondern um anhand der Diskussionen herauszuarbeiten, welche Akteure und Institutionen sich für Denkmalpflege- und Denkmalschutzkonzepte zuständig gefühlt oder zumindest ein Interesse daran gehabt haben.

Die Debatte um den Abriss bzw. der (zum Teil sehr emotional geführte) Kampf um das Schloss lässt Ideen und Konzepte für den Wiederaufbau und für die Herausbildung einer neuen Stadtmitte erkennen, genauso aber auch Hoffnungen, Wünsche und Enttäuschungen hinsichtlich des sozialistischen Systems und des sich herausbildenden Staatswesens, die den weiteren Umgang mit der Denkmalpflege in der DDR prägen würden. Die Kontroverse um das Berliner Schloss beschreibt den spezifischen Umgang mit Kulturgut zu einer die DDR und die sozialistische Staatengemeinschaft prägenden Zeit und zeigt besonders eindrücklich die divergierenden Meinungen und Tendenzen auf, die sich einerseits mit dem architektonischen Erbe der Vorkriegszeit und andererseits mit dem kulturellen Gedächtnis im Zeichen des Neuanfangs und der Herausbildung einer neuen Gesellschaft befassen.

Häufig war in diesem Zusammenhang die Rede von der „Stunde Null“, die dabei als Metapher für Kriegsende und Neuanfang diente.⁷ Damit verbunden war auch die „Hoffnung auf neue gesellschaftliche Gestaltungsspielräume angesichts des (scheinbar) völligen Zusammenbruchs tradierter Strukturen“⁸. Dass es diesen gesellschaftlichen und kollektiven Nullpunkt in der Realität jedoch nie gegeben hat, wird auch anhand der Schlossdebatten deutlich.

2.1 Positionen im Zeichen des Neuanfangs

Im Folgenden sollen die Positionen sowohl zur Denkmalpflege im Allgemeinen als auch zum Umgang mit historischer (Bau-)Substanz anhand des Berliner Schlosses im Besonderen aufgezeigt werden. Dabei soll die Denkmalpflege in ihrer Wechselwirkung mit politischen und gesellschaftlichen Strömungen charakterisiert werden, um diese Auffassungen im Zeichen des kulturpolitischen Neuanfangs in einen gesamtgesellschaftlichen Rahmen einbetten zu können. Die Notwendigkeit dieser Vorgehensweise liegt vor allem in der politisch aufgeladenen und stark

7 Vgl. Christoph Kleßmann: 1945 – welthistorische Zäsur und „Stunde Null“, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 15.10.2010, http://docupedia.de/zg/Klessmann_1945_v1_de_2010 [letzter Zugriff: 25.03.2021]. Vgl. ebenso: Michael Falser: Zur politischen Geschichte der Denkmalpflege in Deutschland, Dresden 2008, S. 301–304.

8 Christoph Kleßmann: 1945 – welthistorische Zäsur und „Stunde Null“, S. 5.

emotionalisierten Diskussion um den Abriss des Berliner Schlosses begründet. Nur vor diesem Hintergrund können letztlich Standpunkte und Handlungsräume aufgezeigt werden. Dabei soll auch dargelegt werden, dass es bereits zu diesem Zeitpunkt eine aktive Denkmalpflege gegeben hat, jedoch mit geringem Durchsetzungsvermögen. Analyse und Charakterisierung der gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen, in denen sich eine institutionelle Denkmalpflege etablieren sollte und innerhalb derer die Diskussionen um das Schloss geführt wurden (Makroebene), erfolgen durch die Auswertung der damaligen Tagespresse sowie der einschlägigen Forschungsliteratur zu diesem Themenbereich.

Denkmalpflege, Architektur und Städtebau in der öffentlichen Wahrnehmung

Wenngleich Partei und Regierung viele Anstrengungen darauf verwendet haben, die „Intelligenz“⁹ möglichst gut zu integrieren bzw. sie für ihre Zwecke nutzbar zu machen, so war dies für weite Bevölkerungskreise kaum von Bedeutung. Statistisch betrachtet spielten die Themenbereiche Denkmalpflege, Denkmalschutz, Architektur und Städtebau innerhalb der Tagespresse in den Jahren 1949 und 1950 eine eher untergeordnete Rolle, wobei jedoch eine Differenzierung zwischen den Begriffen Denkmal und Denkmalpflege vorgenommen werden muss. Die häufig in der Verwendung auftretende Differenz zwischen diesen beiden Termini lässt sich unter anderem dadurch erklären, dass der Begriff Denkmal eine überaus vielfältige Anwendung fand. Der wissenschaftlich fundierten Denkmalpflegertätigkeit dieser Jahre wurde jedoch nur eine geringe Bedeutung beigemessen – auch weil (noch) nicht definiert war, wie die institutionelle Denkmalpflege in den Staatsapparat eingebunden und ideologisch nutzbar gemacht werden sollte.

Die statistische Auswertung der Tagespresse im Zefys-Bestand zeigt, dass städtebauliche oder denkmalpflegerische Themen in Relation zu anderen Inhalten deutlich seltener in die Öffentlichkeit getragen wurden (Abb. 2, folgende Seite). Insgesamt erschienen in den Jahren 1949 und 1950 in der Tagespresse fünf Artikel zur Denkmalpflege und sieben zum Denkmalschutz in der DDR.¹⁰ Bei

9 Als „Intelligenz“ wurde die Gesamtheit aller Personen mit einem Hochschulabschluss definiert. Sie wurde als eine spezifische soziale Schicht innerhalb der DDR-Gesellschaft verstanden und ihre Integration innerhalb des Arbeiter-und-Bauern-Staates wurde immer wieder problematisiert. Siehe auch: Karl Mannheim: *The Problem of the Intelligentsia*, in: Karl Mannheim: *Essays on the Sociology of Culture*, London 1956, S. 91–170, hier insbesondere S. 121–123.

10 Zum Begriff Denkmalpflege lassen sich im Zefys-Bestand folgende Artikel finden: O.V.: Thüringen übt Naturschutz, in: *Neue Zeit* vom 20.04.1949, S. 6; Walter Gerlach: Ideal und Wirklichkeit im modernen Städtebau, in: *Neue Zeit* vom 27.09.1949, S. 3; L.R. [Verfasser unbekannt]: Kostbarkeiten unter altem Putz, in: *Neue Zeit* vom 03.01.1950, S. 1; W.H. [Verfasser unbekannt]:

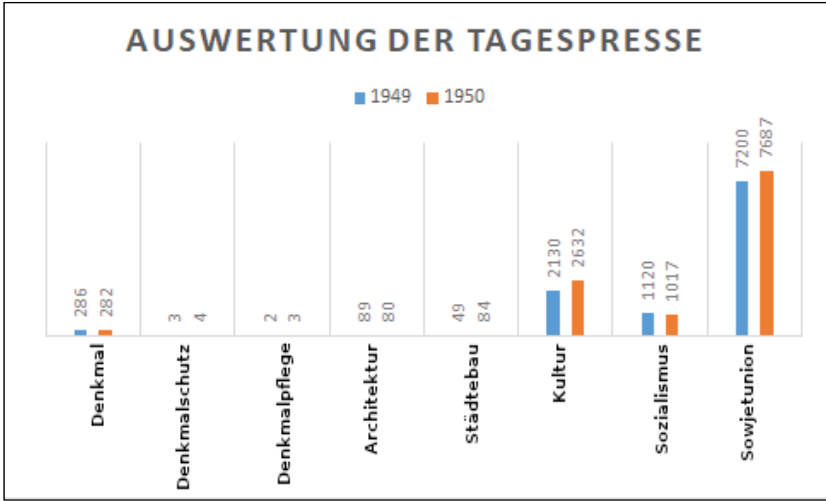


Abb. 2: Auswertung Zeitungskorpus (Zefys-Digitalisate) für die Jahre 1949 und 1950

genauerer Betrachtung wird deutlich, dass der Großteil dieser insgesamt zwölf Zeitungsartikel die Themen Denkmalpflege oder Denkmalschutz nur sehr bedingt bedient und dass lediglich fünf Artikel stärker in diesem Themenfeld zu verorten sind. Darunter sticht nur ein Text besonders stark aus dem Korpus heraus: Er trägt den Titel „Kunst kämpft gegen Krieg“¹¹ und verhandelt einen Beschluss des Wissenschaftlichen Aktivs „zur Unterstützung des Friedenskampfes“¹² (das Aktiv war mit der wissenschaftlichen Erfassung und Dokumentation der Berliner Schlossruine beauftragt worden). Der Artikel beschäftigt sich jedoch nicht mit dem Berliner Schloss, sondern mit der möglichen Sprengung des Loreleyfelsens im Falle eines Angriffs der Sowjetunion. Von dieser Überlegung hatte der in Bad Kreuznach erscheinende Öffentliche Anzeiger am 21. Juni 1950 berichtet, was für

Der Wiederaufbau Dresdens, in: Neue Zeit vom 23.06.1950, S. 2; O.V.: Kunst kämpft gegen Krieg, in: Berliner Zeitung vom 17.11.1950, S. 3. Zum Terminus Denkmalschutz gibt es im Zefys-Bestand folgende Artikel: Otto Frömke: Grenzstadt in der „Drei-Länder-Ecke“, in: Neue Zeit vom 13.08.1949, S. 4; O.V.: Tage und Nächte, die wir nicht vergessen, in: Neues Deutschland vom 18.09.1949, S. 6; H.W. [Verfasser unbekannt]: Die Hauskapelle am Hohen Steinweg, in: Berliner Zeitung vom 16.11.1949, S. 8; O.V.: Noch einmal: Denkmalschutz, in: Neue Zeit vom 31.03.1950, S. 4; O.V.: Leipziger Messe wächst auch räumlich, in: Neue Zeit vom 25.08.1950, S. 4; O.V.: Muß das sein?, in: Neue Zeit vom 06.10.1950, S. 5; O.V.: Wohin am Sonntag?, in: Berliner Zeitung vom 02.09.1950, S. 6.

11 O.V.: Kunst kämpft gegen Krieg, S. 3.

12 Ebd.

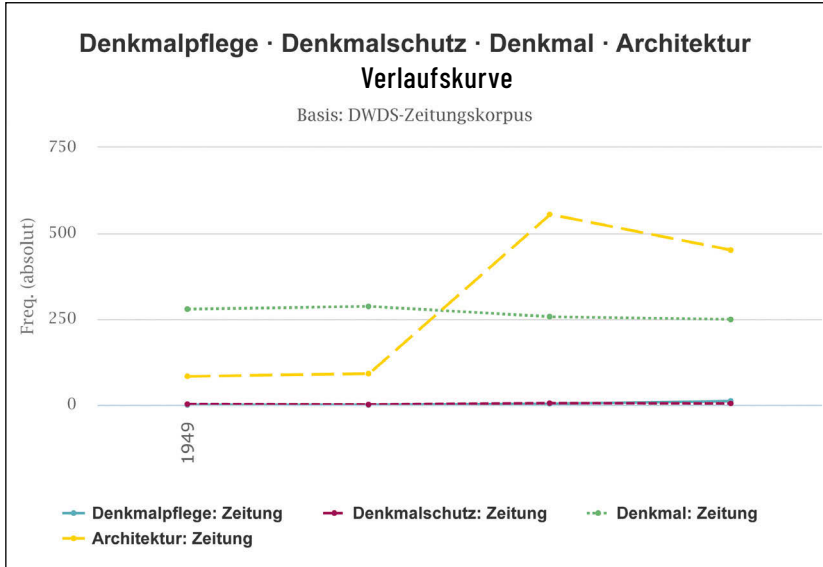


Abb. 3: Auswertung der westdeutschen Tagespresse (DWDS-Digitalisate) für die Jahre 1949 und 1950

das Wissenschaftliche Aktiv der Anlass gewesen war, sich – zum Schutz des Denkmalbestandes in Westdeutschland – gegen die Sprengungen zu positionieren:

„Wir werden die Denkmalpfleger vor allem Westdeutschlands bitten, in ihren Bezirken anschaulich bekanntzumachen, welche Kunstwerke durch die Sprengvorbereitungen gefährdet sind und welche wertvollen historischen Objekte in der Nachbarschaft remilitarisierter Industrie usw. für den Fall des Kriegs dem Untergang verfallen würden.“¹³

Diese Aussage überrascht umso mehr angesichts dessen, dass im Zusammenhang mit den späteren Schlosssprengungen ein solch klares Bekenntnis des Wissenschaftlichen Aktivs ausblieb bzw. dass Gerhard Strauss¹⁴ als Leiter des Aktivs das

¹³ Ebd.

¹⁴ Gerhard Strauss [alternative Schreibweise: Gerhard Strauß] (27.10.1908–16.11.1984): Kunsthistoriker, Leiter des Wissenschaftlichen Aktivs. Von August 1950 bis März 1951 Beauftragter für Denkmalpflege des Ministeriums für Aufbau, 1951–1953 Stellvertretender Direktor des Instituts für Theorie und Geschichte der Baukunst der Deutschen Bauakademie (DBA), 1953–1958 Direktor des Instituts für Theorie und Geschichte der Baukunst der DBA, ab 1958 Professor für Kunstgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin, Nachfolger von Richard Hamann.

Vorgehen im Falle des Schlosses für die weitere städtebauliche Entwicklung innerhalb des Sozialismus und sozialistischen (Wieder-)Aufbaus sogar legitimierte.

Anders als bei den Zefys-Digitalisaten ermöglicht der DWDS-Zeitungskorpus auch eine Auswertung der westdeutschen Tagespresse. Dabei muss ebenfalls festgestellt werden, dass Denkmalpflege und Denkmalschutz in den Jahren 1949 und 1950 in der öffentlichen medialen Wahrnehmung nur eine marginale Rolle eingenommen haben: Der Begriff Denkmalpflege findet gar keine Erwähnung, derjenige des Denkmalschutzes wird zumindest zweimal innerhalb der beiden Jahre erwähnt (Abb. 3, vorhergehende Seite).

Aufbau und Ideologie

Die Themen *Aufbau* und *Ideologie* stehen in einem unmittelbaren Zusammenhang mit denkmalpflegerischen Bestrebungen in der DDR. Insbesondere die Unterscheidung zwischen *Aufbau* und *Wiederaufbau* war von besonderer Bedeutung für die Entwicklung der institutionellen Denkmalpflege innerhalb der DDR: Mit *Aufbau* war letztlich das Errichten einer neuen Gesellschaft, eines neuen Staates unter neuen Bedingungen gemeint, weshalb der Begriff ideologisch stark aufgeladen wurde. Denkmalschutz und -pflege standen diesen Bestrebungen diametral entgegen, wenn die Denkmale nicht in die Neuausrichtung integrierbar waren oder sie sich nicht umdeuten ließen.

An dieser Stelle sollen nun die diesbezüglichen Grundlagen sowie die Bedeutung und die Tragweite von *Aufbau* und *Ideologie* anhand der Debatten um das Berliner Schloss als konkretem Gegenstand thematisiert werden, damit die Rahmenbedingungen für die weiteren damaligen Entwicklungen der Denkmalpflege eingeordnet werden können. Hierfür sollen insbesondere die staatlichen Institutionen, die am *Aufbau* im Allgemeinen und an den Schlossdiskussionen im Speziellen beteiligt waren, in den Fokus gerückt werden; dies ermöglicht es, divergierende Vorstellungen und Interessen der Beteiligten herauszuarbeiten.

Nach dem III. Parteitag der SED (20.–24. Juli 1950) wurde die Umformung der DDR nach dem Vorbild der Sowjetunion und entsprechend anderer „Volksdemokratien“ intensiviert, wodurch sich zugleich die Spaltung Deutschlands verschärfte. Obwohl sich die DDR-Verfassung von 1949 nur geringfügig von anderen bürgerlich-demokratischen Verfassungen unterschied, war die SED davon überzeugt, „mit ihrer Ideologie im Besitz der Wahrheit zu sein, die Gesetze der Geschichte zu kennen und unter Ausnutzung dieser Gesetzmäßigkeit den Übergang zu einer neuen Gesellschaft zu vollziehen“¹⁵.

Vgl. <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/gerhard-strauss> [letzter Zugriff: 25.03.2021].

15 Hermann Weber: Geschichte der DDR, München 1985, S. 186 sowie S. 196–197.

Die Auswirkungen dieser „ideologischen Indoktrination“¹⁶ manifestierten sich nicht allein in den strukturellen Rahmenbedingungen, sondern auch im Städtebau und ganz besonders im Wiederaufbau des Stadtzentrums der neuen Hauptstadt. So verwundert es nicht, dass die Rede Walter Ulbrichts¹⁷ vom 22. Juli 1950 auf dem SED-Parteitag Bezug auf den künftigen Städtebau nahm, indem er über die „Großbauten im Fünffahrplan“¹⁸ sprach. Neben der Fokussierung auf den Wiederaufbau der zerstörten Städte und Industriezentren sprach Ulbricht auch von der Umstrukturierung des Verwaltungsapparates, wodurch vor allem eine größere Effizienz gewährleistet werden sollte. Dies sollte dadurch erreicht werden, dass nicht mehr die einzelnen Stadtverwaltungen über die Wiederaufbauplanungen entschieden, sondern einzig das Ministerium für Aufbau. Indirekt gab Ulbricht in dieser Rede, wie gesagt, auch den Abriss des Berliner Schlosses bekannt, indem er – im Sinne des parteipolitischen Fortschrittsglaubens – das Stadtzentrum, „de[n] Lustgarten und das Gebiet der jetzigen Schloßruine“ zu einem Demonstrationsplatz umformen wollte, „auf dem Kampfwille und Aufbauwille unseres Volkes Ausdruck finden können“.¹⁹

Am 27. August 1950 veröffentlichte die *Berliner Zeitung* das Aufbauprogramm mittels Lageplan, Ansicht eines Modells sowie Erläuterungen zu einzelnen Stadtplanungsabschnitten (siehe auch Abb. 1). Sie verwies dabei auf Kurt Liebknecht, der diesen Plan auf der Regierungssitzung am 23. August²⁰ vorgestellt hatte. Auf diese Weise wurde nun auch die Bevölkerung von den Plänen in Kenntnis gesetzt.

16 Ebd., S. 200.

17 Walter Ulbricht (30.06.1893–01.08.1973): Politiker. 1949–1973 Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees (ZK), 1950–1973 Abgeordneter der Volkskammer, 1949–1955 Stellvertreter, 1955–1960 Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats, von Juli 1950 bis Juli 1953 Generalsekretär und von 26.07.1953–03.05.1971 Erster Sekretär des ZK der SED, 1960–1973 Vorsitzender des Staatsrates der DDR. Vgl. <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/walter-ernst-paul-ulbricht> [letzter Zugriff: 25.03.2021].

18 Ulbricht, Walter: III. Parteitag der SED. Der Fünffahrplan und die Perspektiven der Volkswirtschaft, S. 48–50.

19 Vgl. ebd. Siehe hierzu auch: Renate Petras: Das Schloß in Berlin. Von der Revolution 1918 bis zur Vernichtung 1950, Berlin 1992, S. 112–113. Petras schreibt zudem, dass aus „den Berichten Liebknechts, Colleins und Pisterniks [...] hier, wo es um die Vorgänge geht, die zur Vernichtung des Schlosses geführt haben, Sätze zitiert [werden], die die ursächlichen Zusammenhänge erhellen, jedoch keine Rechtfertigung der bald nach dem Parteitag folgenden Maßnahmen brachten, sondern eher das Engagement für Denkmalpflege und Wahrung historischer Baudenkmale in der Sowjetunion belegen“.

20 Vgl. Renate Petras: Das Schloß in Berlin, S. 114: „Unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl, seiner Stellvertreter Walter Ulbricht und Otto Nuschke kam es zur Beschlussfassung über die Vernichtung des Schlosses, der acht Minister, sechs Staatssekretäre, der

Liebknachts Vorstellungen zufolge sollten die kurz vorher beschlossenen *Sechzehn Grundsätze des Städtebaus* auf Berlin angewandt werden, um anhand der Hauptstadt ein Exempel von internationaler Tragweite zu statuieren. Seine Ausführungen verdeutlichen zudem, dass Liebknecht beim Wiederaufbau nicht nur auf das Berliner Schloss verzichten wollte, sondern dass er eine grundlegende Neuordnung und Funktionsdifferenzierung anstrebte, weshalb „diesem Zentrum [...] in städtebau-künstlerischer Beziehung besondere Aufmerksamkeit gewidmet“²¹ werden sollte.

Der Berichterstatter der *Berliner Zeitung* verwies jedoch auch auf den Entwurfscharakter dieser Planungen, sie seien „noch nicht klar und voll ausgereift“²². Dass diese Pläne dennoch Umsetzung finden sollten, verdeutlichte er durch den Hinweis darauf, dass „kein Gebäude mehr im Zentrum Berlins und überhaupt in Berlin geplant und gebaut werden [darf], das nicht in städtebaulicher und architektonischer Beziehung geprüft und bestätigt worden ist [, und dass der] erste Bauabschnitt des Planes [...] die Neugestaltung des Lustgartens [...] bis zum 1. Mai 1951 beendet sein“²³ sollte.

Obwohl die Neugestaltungspläne für das Berliner Stadtzentrum durch die Regierung beschlossen und über die Presse der Bevölkerung bekannt gegeben worden waren, sollte dennoch in der Öffentlichkeit ein Gefühl von Mitbestimmungsrecht erzeugt werden und zugleich bewiesen werden, dass es sich bei der DDR um den wahren demokratischen Staat handelte. So veröffentlicht die *Berliner Zeitung* nur wenige Tage nach dem Erscheinen des Aufbauplans einen Artikel mit dem Titel „Zum Neuaufbau der Hauptstadt. Unsere Leser diskutieren den Aufbauplan der Regierung“²⁴. Exemplarisch für die „Reihe an Zuschriften“²⁵ waren zwei Leserbriefe ausgewählt worden, deren Verfasser sich zu den Plänen äußerten. Interessanterweise verfügten die Einsender über äußerst gute Statikkenntnisse und äußerten sich wider Erwarten nicht grundsätzlich zur Neugestaltung

Oberbürgermeister Friedrich Ebert, zwei Bürgermeister, fünf Stadträte sowie vier Vertreter des Ministeriums für Aufbau zustimmten. [...] Nach ‚eingehender‘ Aussprache wurden ‚einstimmig‘ erste Maßnahmen zur Neugestaltung des Stadtzentrums beschlossen: Das Schloss soll unter Sicherung der darin erhaltenen kulturellen Werte abgebrochen, architektonisch wertvolle Teile des Schlosses als Baudenkmäler an anderer Stelle untergebracht werden. Die Abräumarbeiten müssten am 15. Januar 1951 abgeschlossen sein.“

21 O.V.: Aufbauplan für das Zentrum des neuen Berlin, in: *Berliner Zeitung* vom 27.08.1950, S. 12.

22 Ebd.

23 Ebd.

24 O.V.: Zum Neuaufbau der Hauptstadt. Unsere Leser diskutieren den Aufbauplan der Regierung, in: *Berliner Zeitung* vom 01.09.1950, S. 6.

25 Ebd.

des Zentrums oder zum Abriss des Schlosses, sondern lediglich zum Operneubau gegenüber der Nationalgalerie bzw. zum Wiederaufbau des Lessingtheaters.

Der Kampf um Zuständigkeiten

Die Auseinandersetzungen um das Berliner Schloss fanden inmitten des politisch-ideologischen Diskurses und der Planung für den Aufbau eines Regierungszentrums statt.

Nach der Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 lag die Zuständigkeit für die anfallenden und zur Diskussion stehenden Arbeiten an der Schlossruine bei drei verschiedenen Verantwortungsträgern, die wiederum auf unterschiedlichen staatlichen Ebenen ihren Anspruch geltend machen wollten. Obwohl jede dieser Stellen über einen klar definierten Zuständigkeitsbereich verfügte, stellte sich das Vorgehen in der Praxis, auch durch das Hinzukommen weiterer Akteure aus anderen Institutionen, weniger eindeutig dar.

So lag die oberste Entscheidungsgewalt beim Ministerium für Aufbau (MfA) unter der Leitung von Lothar Bolz²⁶. Auf kommunaler Ebene war die Abteilung „Aufbau“ des Magistrats von Groß-Berlin zuständig, während die technische Durchführung des Abrisses durch die Oberbauleitung des Magistrats erfolgen sollte.²⁷

Neben dem MfA und dem Magistrat beteiligten sich auch das Institut für Städtebau und Hochbau (Kurt Liebknecht²⁸) sowie die Deutsche Akademie der Wissenschaften (Johannes Stroux²⁹) an den Diskussionen um das Schloss.

Das MfA war bis Ende September 1950 Auftraggeber und Wirtschaftsträger des Wissenschaftlichen Aktivs, das unter der Leitung von Gerhard Strauss für die Sicherung der wertvollen Teile und für die Dokumentation des Schlossabrisses

26 Lothar Bolz (03.09.1903–29.12.1986): NDPD-Vorsitzender. 1949–1953 Minister für Aufbau, 1953–1965 Minister für Auswärtige Angelegenheiten. Vgl. <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/lothar-bolz> [letzter Zugriff: 25.03.2021].

27 Vgl. Anja Tuma: Denkmalpflege am Berliner Schloss, S. 58.

28 Kurt Liebknecht (26.03.1905–06.01.1994): Architekt. 1951–1961 Präsident der Bauakademie, 1961/62 Direktor des Instituts für Theorie und Geschichte der Architektur der DBA. Vgl. <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/kurt-liebknecht> [letzter Zugriff: 25.03.2021].

29 Johannes Stroux (25.08.1886–25.08.1954): Altphilologe. 1946/47 Rektor der Universität Berlin, 1946–1951 Präsident der Deutschen Akademie der Wissenschaften (DAW), 1951–1954 Vizepräsident der DAW. Vgl. <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/johannes-stroux> [letzter Zugriff: 25.03.2021]. So wie: <https://www.sammlungen.hu-berlin.de/objekte/-/16710/> [letzter Zugriff: 25.03.2021].

zuständig war. Ab Anfang Oktober 1950 war der Magistrat von Groß-Berlin Wirtschaftsträger des Aktivs, doch das MfA legte weiterhin großen Wert darauf, dass die Arbeiten am Schloßplatz im eigenen Verantwortungsbereich blieben. Mit dem *Aufbaugesetz* vom 6. September 1950 war der (Wieder-)Aufbau Berlins zur nationalen Aufgabe geworden, sodass sich lokale und staatliche Zuständigkeiten vielfältig überlagerten. Berlins „Sonderstatus“³⁰ führte zu weiteren Unklarheiten, sodass auch keine ausreichenden denkmalpflegerischen Bestimmungen existierten.³¹

Trotz unklarer Zuständigkeiten und fehlender gesetzlicher Bestimmungen waren sowohl das MfA, der Magistrat als auch die Deutsche Akademie der Wissenschaften sowie einzelne Akteure (vor allem aus der Wissenschaft) darum bemüht, an den Diskussionen um das Schloss teilzunehmen. Sie alle versuchten, ihren Standpunkt zur Schlossfrage darzulegen, um einen Erhalt oder zumindest eine Kompromisslösung erwirken zu können – auch oder gerade weil der DDR-Ministerrat auf seiner Sitzung vom 23. August 1950 die „Umgestaltung des Lustgartens“ diskutierte. Dabei wurde zwar der Abriss des Schlosses zur Grundvoraussetzung erhoben, zugleich suggerierte man aber, dass es vor allem um die Vergrößerung der Lustgartenanlage und um den Bau einer Tribüne ginge, was die Entscheidung verhandelbar erscheinen ließ.

30 Mit „juristischem Sonderstatus“ ist die Aufteilung Berlins in vier Sektoren gemeint, die auf der Konferenz von Jalta (04.–11.02.1945) beschlossen wurde und die die Berlin-Politik der Nachkriegszeit prägte, wovon insbesondere die Erklärung der Alliierten Kommandantur über Berlin vom 05.05.1955 sowie das Viermächteabkommen über Berlin von 1971 zeugen. Vgl. hierzu: <https://www.verfassungen.de/be/alliiertekommandantur50-1.htm> [letzter Zugriff: 25.03.2021]. Die Aufteilung Berlins wirkte sich auch auf die Verwaltungsstrukturen der Stadt aus, die immer in direkter Abhängigkeit zur deutsch-deutschen Teilung standen. So sollte Ost-Berlin zunächst kein konstitutiver Bestandteil der DDR sein, so wie West-Berlin kein konstitutiver Bestandteil der BRD war. Erst 1961 erfolgte durch die Gleichstellung Ost-Berlins mit den anderen DDR-Bezirken die Integration in die DDR.

31 Vgl. BArch, DH 2/21188, Denkmalschutz in der DDR und Verbesserung der Pflege von Baudenkmalen. Eine Untersuchung von Dr.-Ing. Hans Muther (Haushaltsaufgabe 19/1953), S. 30: „[...] [D]ie Vorschriften der Bauordnung vom 9.11.29 §24 über Gestaltung einer Satzung zum Schutz der Straße ‚Unter den Linden‘ vom 2.5.36 und eine Satzung über Gestaltung der Dorfauen vom 18.9.1933“. Siehe hierzu auch: Renate Petras: Das Schloß in Berlin, S. 112. Sowie Rede von Ulbricht: „Bisher wurde nach den Plänen der einzelnen Stadtverwaltungen gebaut und nicht genügend die großen Erfahrungen der fortschrittlichen Städteplanung berücksichtigt. Der Wiederaufbau der zerstörten Städte soll jetzt nach den Plänen durchgeführt werden, die vom Ministerium für Aufbau bestätigt sind.“ In: Ulbricht, Walter: III. Parteitag der SED. Der Fünfjahrplan und die Perspektiven der Volkswirtschaft, S. 48.

Das Ministerium für Aufbau

Im Oktober 1949 übernahm Lothar Bolz die Leitung des neu gegründeten Ministeriums für Aufbau. Dass diese Position nicht allein inhaltlich zu erfüllen war, sondern auch eine politische Inanspruchnahme beinhaltete, brachte Bolz unter anderem in seinen Reden zum Ausdruck.³²

In seiner Funktion als Minister unternahm Bolz – bekanntermaßen – zusammen mit einigen führenden Architekten der jungen DDR vom 12. bis 25. Mai 1950 eine Sowjetunion-Reise, die entscheidenden Einfluss auf die zukünftigen Positionen haben würde und aus der letztlich die *Sechzehn Grundsätze des Städtebaus* hervorgehen sollten.³³

In einem Interview, das in der *National-Zeitung* vom 31. Dezember 1949 erschien³⁴, erläuterte Bolz in seiner Funktion als Minister für Aufbau zunächst ausführlich Aufbau und Arbeitsweise seines neu gegründeten Ministeriums. Das Institut für Städtebau und Hochbau, das dem Ministerium (zunächst) angegliedert war, sollte vor allem die wissenschaftliche Grundlage für den Wiederaufbau liefern. Dass sich Bolz, gefragt nach den Wiederaufbauplanungen für das Jahr 1950, zurückhaltend äußerte und eine eindeutige Aussage hinsichtlich der Berlin-Aufbaumaßnahmen und des Schlossabrisses bzw. zum Umgang mit dem Schloss ablehnte, lässt annehmen, dass viele Handlungsprozesse und Entscheidungsebenen noch nicht so weitreichend etabliert waren, wie Bolz' Ausführungen zu Struktur und Arbeitsweise des Ministeriums für Aufbau suggerieren sollten. Deutlich wurde innerhalb des Interviews aber auch seine Maxime, nach der der Aufbau gewährleistet werden sollte: „rasch, gründlich, zweckentsprechend und formschön“³⁵.

Anhand der Entwurfsfassungen und Veränderungsvorschläge zu den Grundsätzen des Städtebaus wird ersichtlich, dass das von Lothar Bolz im Interview in der *National-Zeitung* vom 31. Dezember 1949 entworfene Bild des gut organisierten

32 Beispielsweise: Lothar Bolz: Programm des Aufbaus, Rede auf der Deutschen Bautagung in Leipzig am 8. März 1950, in: Lothar Bolz: Von deutschem Bauen. Reden und Aufsätze, Berlin 1951, S. 15–27, S. 16: „Sie haben also im Ministerium für Aufbau ein Fachministerium vor sich. Das heißt aber keineswegs, daß es sich hier um ein unpolitisches Ministerium handelt. Im Gegenteil. Wie jedes Ministerium, so ist auch das Ministerium für Aufbau vor allem ein politisches Ministerium. Politisch ist schon – wenn ich so sagen darf – seine Vorgeschichte. Politisch sind die Tatsachen, die ein solches Ministerium überhaupt notwendig machen.“

33 Vgl. Andreas Schätzke: Zwischen Bauhaus und Stalinallee. Architekturdiskussion im östlichen Deutschland 1945–1955, Braunschweig 1991, S. 40.

34 O.V.: Fragen an den Minister für Aufbau. Interview in der „National-Zeitung“ vom 31.12.1949, in: Lothar Bolz: Von deutschem Bauen, S. 5–14.

35 Renate Petras: Das Schloß in Berlin, S. 111.

und klar strukturierten Ministeriums, nicht der Realität entsprach.³⁶ Bis in das Jahr 1951 hinein ist eine stetige Um- und Neuorganisierung des Ministeriums nachweisbar. So war auch die Zuständigkeit zwischen dem Ministerium für Aufbau und der Deutschen Bauakademie nicht so eindeutig geklärt, wie Bolz es im Interview darzustellen versucht hatte.³⁷

In seiner Rede vom 8. März 1950 auf der Deutschen Bautagung in Leipzig erläuterte Bolz die Unterscheidung zwischen Aufbau und Wiederaufbau und definierte auf diese Weise zugleich die ideologische Funktion, die der Aufbau im Unterschied zum Wiederaufbau in der DDR zu erfüllen hatte:

„Das Wort Wiederaufbau würde doch nichts anderes bedeuten als die Wiederherstellung alles Vernichteten mitsamt den ihm innewohnenden Keimen künftiger Zerstörung, mitsamt dem politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Fundament und Inhalt, die in Vernichtung und in Selbstvernichtung gipfelten.“³⁸

Für Bolz meinte Aufbau das Errichten einer neuen Gesellschaft unter neuen Rahmenbedingungen, und somit weit mehr als einen städtebaulichen Neuanfang. Allerdings bedeutete dies auch eine Abkehr von einem Wiederaufbau in Form einer Rekonstruktion nach denkmalpflegerischen Gesichtspunkten.

Damit verhielt sich die Einstellung zum Aufbau in der DDR grundsätzlich anders als es beispielsweise in Polen der Fall war, da dort der Wiederaufbau als Zeichen des Protests „gegen die Möglichkeit des Auslöschens der Errungenschaften der Kultur und Geschichte“³⁹ verstanden wurde. Für die DDR sollte nach Bolz’ Verständnis keine grundsätzliche Ablehnung jeglicher Tradition erfolgen, sondern vielmehr eine bewusste Auswahl dessen, was die neue Gesellschaft benötigen würde. In diesem Sinne sollte der Aufbau nach Bolz „an unserer besten nationalen Tradition anknüpfen“ und sogar lokale Traditionen erhalten und pflegen, „wo sie gesund sind“.⁴⁰ Bolz verdeutlichte aber auch, dass die überlieferten Linien, die mit dem Berliner Schloss in Verbindung standen, für ihn nicht zu jenen zu pflegenden Traditionen zählten, da „wir [...] keine Städte [brauchen],

36 Vgl. BArch, DH 1/44472, Bl. 158–196, Ministerium für Aufbau, enthält Entwurfsfassungen und Veränderungsvorschläge zu den Grundsätzen des Städtebaus 1950.

37 Vgl. BArch, DH 1/44474, o. Pag., Ministerium für Aufbau, Struktur- und Stellenpläne, 1949–1951. Hierzu: Teil II. Aufgaben und Struktur des Ministeriums für Aufbau vom 16. Juli 1951

38 Lothar Bolz: Programm des Aufbaus, Rede auf der Deutschen Bautagung in Leipzig am 8. März 1950, in: Lothar Bolz: Von deutschem Bauen, S. 16.

39 Jan Zachwatowicz: Denkmalschutz in Volkspolen, Warschau 1956, S. 20.

40 Vgl. Lothar Bolz: Programm des Aufbaus, S. 16–17.

deren Mittelpunkt und Gesamtplan von einem Königsschloß und dessen Herrn bestimmt wird“⁴¹.

Diese Art des Auswählens war für Bolz letztlich eine logische Konsequenz des „antifaschistischen-demokratischen Umwälzungsprozesses“⁴² und verweist in diesem Sinne auf die Hegel'sche bzw. Lenin'sche Idee einer „Negation der Negation“. Grundlage dieser Idee ist die Vorstellung, dass neue Qualitäten aus alten hervorgehen, wobei die alte Qualität zwar verschwindet („einfache Negation“), sich in der neuen Qualität jedoch wiederfinden lässt („doppelte Negation“).⁴³ Für die im Zweiten Weltkrieg stark zerstörten Orte hatte dies zur Folge, dass es keinen Wiederaufbau der alten Städte geben würde, sondern einen Neubau, da sich die alten Qualitäten (die „besten nationalen Traditionen“⁴⁴) in den neuen Städten („zu neuem Leben“⁴⁵) wiederfinden würden. Zugleich bedeutete es aber auch, dass es keine zwingende Notwendigkeit für den Erhalt alter Substanz oder für die Pflege von Traditionen oder des Erbes im Allgemeinen gab.

Der Magistrat von Berlin

Ebenso war der Magistrat von Berlin (unter anderem die Abteilung „Bau- und Wohnungswesen“) auf kommunaler bzw. lokalpolitischer Ebene für den Aufbau und Wiederaufbau der zerstörten Stadt zuständig. Wenngleich der Aufbau des Stadtzentrums und damit auch der Umgang mit dem Schloss zur Staatsaufgabe geworden war, so war der Magistrat zumindest mittelbar an den Planungen beteiligt. Die Position des Magistratsdirektors der Abteilung „Bau- und Wohnungswesen“, Heinrich Starck⁴⁶, ist anhand dessen Rede „Berlin plant und baut“, die er vor Mitgliedern der Kammer für Technik, Architekten und Bauschaffenden am 23. September 1949 gehalten hat, rekonstruierbar.

41 Ebd., S. 21.

42 Sergej Ivanovic Tjulpanow: Die Rolle der SMAD bei der Demokratisierung Deutschlands, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG) (1967), 15, S. 240–252.

43 Siehe hierzu: Manfred Buhr/Georg Klaus: Philosophisches Wörterbuch, Bd. 2, Berlin 1970, S. 775–777. Sowie: Karl Marx/Friedrich Engels: Dialektik der Natur, in: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 20, Berlin 1962, S. 348–353. Sowie: Wladimir I. Lenin: Die Dialektik, in: Wladimir I. Lenin: Werke, Bd. 21, Berlin 1974, S. 41–43.

44 Lothar Bolz: Programm des Aufbaus, S. 16.

45 Ebd.

46 Heinrich Starck (1908–1955): Magistratsdirektor von Berlin, Abteilung Bau- und Wohnungswesen. Vgl. Günter Peters: Nationale, klassizistische und fortschrittliche Bautradition. Zur Geschichte der Berliner Stalinallee 1949–1955, in: Berlinische Monatsschrift (2001), H. 3, S. 52–61, hier S. 52.

Ziel seiner Rede war die Präsentation der Leitlinien „zum Wiederaufbau und zur Neugestaltung der deutschen Hauptstadt“⁴⁷, worin sich der ausgeprägte Wunsch nach weiterer Umformung Berlins ausdrückt, einer Umformung, die nur bedingt einem Wiederaufbau entsprechen würde.

Dabei bezog sich Starck ausdrücklich auf die sowjetischen Städtegründungen in den 1930er Jahren und stilisierte diese zum Ideal der Neugestaltung. Starcks Ausführungen machen aber auch deutlich, dass sich die künftigen Planungen nicht durch Idealismus oder durch den Versuch, architektonische Utopien zu realisieren, auszeichnen sollten, vielmehr hatten sie den Vorgaben der Planwirtschaft zu entsprechen: „So wird der Städtebau im Sozialismus zum Teil der zur Wirklichkeit gewordenen Planwirtschaft und damit wird der Städtebau von einer rein fachlichen Aufgabe in den Brennpunkt des politischen Geschehens gestellt und wird zur Aufgabe aller Einwohner der Stadt.“⁴⁸

Entsprechend dieser Vorstellung ist Städtebau für Starck „nicht Angelegenheit einzelner Fachleute und kann nicht in Wettbewerben gelöst werden, sondern [...] muß auf wissenschaftlicher Grundlage unter verantwortlicher Mitarbeit Tausender und unter Einbeziehung aller wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gesichtspunkte das Handeln und Denken bestimm[en] [...]“.⁴⁹ Doch ausgerechnet das Postulat der „wissenschaftlichen Grundlage“⁵⁰ bleibt undefiniert, da Starck weder Auskunft darüber gibt, auf welches wissenschaftliche Fundament diese Planungen begründet werden sollen, noch von wem diese erarbeitet und unter welchen Voraussetzungen diese dann realisiert werden könnten.

Letztlich forderte Starck keinen Wiederaufbau Berlins im denkmalpflegerischen Sinne, sondern eine umfassende Neugestaltung entsprechend „der wirtschaftlichen Entwicklungen“⁵¹. Um die Abkehr vom gewachsenen und somit „alten“ Berlin argumentativ zu begründen, folgt auf die Definition des Leitmotivs „Sowjetunion“ ein historischer Abriss über die Stadtentwicklung Berlins, wobei zugleich die sozialistischen Bestrebungen in Wert gesetzt werden sollen.

Starck befürwortete nicht nur die politische Dimension des Wiederaufbaus, sondern er wollte Berlin zugleich ein neues Profil als „Stadt der Arbeit“ verschaffen, auf die „kitschigen Bauten und Denkmäler [aus] der wilhelminischen Zeit“⁵² verzichten und für das weitere Vorgehen eine umfassende Neugestaltung der

47 BAArch, DC 15/496, fol. 2, Vortrag des Magistratsdirektors des demokratischen Magistrats von Groß-Berlin, Heinrich Starck, über „Pläne zum Wiederaufbau u. zur Neugestaltung der deutschen Hauptstadt Berlin“, September 1949.

48 Ebd., fol. 5.

49 Ebd., fol. 6.

50 Ebd.

51 Ebd., fol. 7.

52 Ebd., fol. 11.

Stadt anstreben. Deshalb überrascht es kaum, dass Starck bereits am 15. November 1949 von einem möglichen Abriss des Schlosses sprach.⁵³

Der Vergleich zwischen staatlicher (MfA) und kommunaler (Magistrat) Ebene zeigt das Bestreben der Institutionen und Akteure, Aufbau bzw. Wiederaufbau und (politische) Ideologie in einen direkten Zusammenhang zu stellen. Sowohl auf staatlicher als auch auf städtischer Ebene versuchte man, dem Aufbau bzw. Wiederaufbau einen ideologischen Rahmen zu geben, mit dem Ziel, städtebauliche Entscheidungen zu legitimieren und die sozialistische Umformung der Gesellschaft im Städtebau widerzuspiegeln. Obwohl bei Bolz, als Minister auf Regierungsebene, wie auch bei Starck, als Magistratsdirektor der Stadtverwaltung, das Leitbild der Sowjetunion in ihren jeweiligen Aussagen erkennbar war, gab es dennoch im jeweiligen Verständnis der ideologischen Ausrichtung Unterschiede. Zwar galt für Bolz, wie bereits erwähnt, die Maxime „rasch, gründlich, zweckentsprechend [und] formschön“⁵⁴, die den Aufbau prägen sollte, dennoch war er sich bewusst, wie bedeutend die Einbindung des Erbes in den künftigen Städtebau war – wenngleich in selektierter Form. Nicht zuletzt, da Bolz zur Delegation derjenigen gehört hatte, die in die Sowjetunion gereist waren und im Anschluss daran die *Sechzehn Grundsätze des Städtebaus* formuliert hatten. Starck sah im Leitbild der Sowjetunion scheinbar vor allem die Planwirtschaft als rahmengebende Struktur des Aufbaus und weniger die *Sechzehn Grundsätze*.

Die Deutsche Akademie der Wissenschaften & Das Institut für Bauwesen

Ebenfalls am Aufbau beteiligt, wenngleich aus der wissenschaftlichen Betrachtung heraus, war das Institut für Bauwesen der Deutschen Akademie der Wissenschaften. Die Deutsche Akademie der Wissenschaften (DAW), deren Präsident bis 1951 Johannes Stroux war, gründete 1947 das Institut für Bauwesen (IfB); dieses bestand jedoch nur für einen kurzen Zeitraum und ist in der bisherigen Forschung weitestgehend unbeachtet geblieben. Bereits Ende des Jahres 1950 – und damit noch im Jubiläumsjahr des 250-jährigen Bestehens der Akademie – fiel das IfB Umstrukturierungsmaßnahmen zum Opfer. Doch während der kurzen Zeit seines Bestehens gab es dort zahlreiche architektonische, städtebauliche wie auch denkmalpflegerische Diskussionen. Die Mitglieder und Mitarbeiter des IfB versuchten dabei in vielfältiger Weise, auf die zahlreichen Debatten Einfluss zu nehmen und auf ihre Art das sich im Entstehen befindliche Bauwesen, aber auch die Denkmalpflege

53 Vgl. Thomas Jahn: „Die Kunstgeschichte würde den Verlust des Schlosses nie verschmerzen“. Richard Hamanns Widerstand gegen den Abriss des Berliner Stadtschlusses und anderer preußischer Baudenkmäler in den Jahren 1950 bis 1960, in: Ruth Heftrig/Bernd Reifenberg: Wissenschaft zwischen Ost und West. Der Kunsthistoriker Richard Hamann als Grenzgänger, Marburg 2009, S. 116–136, hier S. 121–122.

54 Renate Petras: Das Schloß in Berlin, S. 111.

in der DDR zu prägen. Insbesondere Johannes Stroux setzte sich als Präsident der DAW vehement für den Erhalt des Berliner Schlosses ein. Aufgrund dieser Bedeutung des Instituts für Bauwesen lohnt dessen genauere Betrachtung.

In der Aufgabenbeschreibung des IfB ist nachzulesen, dass das Institut Modellcharakter haben und „Hirt des Bauwesens“⁵⁵ sein sollte, wie es der Architekt Otto Block⁵⁶ einmal formuliert hat. Als „wissenschaftlich begründete Bastelstube der Gesellschaft“⁵⁷ sollte es tätig werden und dazu beitragen, zwischen Theorie und Praxis zu vermitteln. Geradezu paradigmatisch sollten die vom IfB gegebenen Impulse auf „Baufachleute ausserhalb des Instituts“⁵⁸ einwirken und als Orientierung dienen.

Das Institut setzte sich aus den Abteilungen „Siedlungswesen“, „Wohnungswesen“, „Arbeitsstätten“, „Verkehr“, „Versorgung“, „Baustoffe/Baukonstruktion“, „Landschaft“, „Baudenkmalpflege“, „Gestaltung“, „Normung/Typisierung“ und „Erziehung“ zusammen und repräsentierte bereits durch die Anzahl und Diversität der Abteilungen das weitreichende Themen- und Arbeitsspektrum. Entsprechend hoch war der Bedarf an Mitarbeitern. Nachvollziehbar ist hierzu anhand der Protokolle der Abteilungsleitersitzungen lediglich, dass die Mitarbeiterzahl des Instituts in den wenigen Jahren seiner Existenz stark geschwankt hat und insgesamt die dort beschäftigten Architekten, Ingenieure und Wissenschaftler für die anstehenden Aufgaben und Anforderungen zu wenige waren. Neben Otto Block gehörten auch Hans Scharoun⁵⁹, Richard Paulick⁶⁰, Martin Mächler⁶¹, Reinhold

55 BArch, DH 2/21682, undatierte Aufgabenbeschreibung des Instituts für Bauwesen. Erstellt von Otto Block, vermutlich Juni 1950 anlässlich der 250-Jahrfeier der Akademie, o. Pag.

56 Otto Block (29.06.1901–16.12.1977): Architekt.

57 BArch, DH 2/21682, undatierte Aufgabenbeschreibung des Instituts für Bauwesen. Erstellt von Otto Block, vermutlich Juni 1950 anlässlich der 250-Jahrfeier der Akademie, o. Pag.

58 Ebd.

59 Hans Scharoun (20.09.1893–25.11.1972): Architekt. Nach Kriegsende Stadtbaurat und Leiter der Abteilung „Bau- und Wohnungswesen“ des Magistrats von Groß-Berlin, 1947–1950 Leiter des Instituts für Bauwesen (IfB) an der Deutschen Akademie der Wissenschaften (DAW), 1947 Berufung zum Professor für Städtebau an der neu gegründeten Technischen Universität Berlin. Vgl. <https://archiv.adk.de/bigobjekt/37007> [letzter Zugriff: 25.03.2021].

60 Richard Paulick (07.11.1903–04.03.1979): Architekt, Stadtplaner. Ab 1950 Abteilungsleiter am Institut für Bauwesen unter Hans Scharoun, ab 1951 Mitglied der Deutschen Bauakademie (DBA), Direktor des Instituts für Wohnbauten, Leiter des Aufbaustabs Stalinallee in Berlin, Projekt Block C-Nord und C-Süd, 1955–1965 Vizepräsident der DBA, 1959–1963 Chefarchitekt von Hoyerswerda, 1962–1966 Chefarchitekt von Schwedt und 1964–1968 Chefarchitekt von Halle-Neustadt. Vgl. <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/richard-paulick> [letzter Zugriff: 25.03.2021].

61 Martin Mächler (22.02.1881–13.12.1958): Architekt, Stadtplaner. Vgl. <http://d-nb.info/gnd/118826646> [letzter Zugriff: 25.03.2021].

Lingner⁶², Kurt Liebknecht, Hermann Henselmann⁶³ und Hinnerk Scheper⁶⁴ zu den Beschäftigten des IfB. Auf den regelmäßig stattfindenden Abteilungsleitersitzungen wurden anstehende Aufgaben, Probleme und zukünftige Entwicklungen, die das Bauwesen, die Architektur und die Denkmalpflege innerhalb der DDR⁶⁵ betrafen, sowie die Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen thematisiert.

Diese Abteilungsleitersitzungen des Instituts für Bauwesen zeugen nicht nur von fachlichen Auseinandersetzungen, sondern spiegeln auch eindrücklich die politischen und gesellschaftlichen Hoffnungen und Möglichkeiten wider, die vor sowie kurz nach der Entstehung der zwei deutschen Staaten bestanden haben. Beispielsweise erklärte Martin Mächler im Februar 1949 die „Notwendigkeit der Mitwirkung [von Institutsmitgliedern und weiterer Architekten, Anm. d. Verf.] in der Architektenkommission für die französische Zone“⁶⁶. Für Mächler erforderte die „Stellung Berlins im energiepolitischen Kraftfeld Deutschland und Europas“ eine Mitwirkung aller Architekten, da die bestehenden Probleme aus seiner Sicht sowohl „aus der westlichen wie auch aus der östlichen Schau“ gleichermaßen

-
- 62 Reinhold Lingner (27.06.1902–01.01.1968): Garten- und Landschaftsarchitekt. 1945 Leiter des Hauptamts für Grünpflanzung beim Magistrat von Groß-Berlin, Planung im Arbeitsstab von Hans Scharoun, 1947–1950 Leiter der Abteilung „Landschaft“ des Instituts für Bauwesen der DAW, 1950–1958 Leiter der Abteilung „Grünplanung“ des Instituts für Städtebau und Landesplanung der DBA, 1961 Professor an der Humboldt-Universität (HU) Berlin, 1962 Leiter des Instituts für Gartengestaltung und der Fachrichtung Garten- und Landeskultur an der HU Berlin, 1962–1967 Professor für Gartengestaltung an der HU Berlin. Vgl. <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/reinhold-lingner> [letzter Zugriff: 25.03.2021].
- 63 Hermann Henselmann (03.02.1905–19.01.1995): Architekt. 1951 Mitglied der DBA, 1952 Direktor des Instituts für Theorie und Geschichte der Baukunst an der DBA, 1953–1959 Chefarchitekt des Magistrats von Berlin, 1964–1966 Chefarchitekt im VEB Typenprojektierung, 1966–1970 Chefarchitekt im Institut für Städtebau und Architektur der DBA. Vgl. zum einen <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/hermann-henselmann> [letzter Zugriff: 01.07.2021] sowie zum anderen LAB, C. Rep. 110-01, Magistrat von Berlin, Chefarchitekt.
- 64 Hinnerk Scheper (06.09.1897–05.02.1957): Farbgestalter, Fotograf, Denkmalpfleger. 1945–1952 Konservator und Leiter des Amtes für Denkmalpflege in Berlin für Erhalt und Wiederaufbau kriegsbeschädigter Bau- und Kunstdenkmäler, ab 1952 Lehrbeauftragter für Denkmalpflege an der Technischen Universität Berlin, 1953–1957 Landeskonservator von Berlin. Vgl. <https://www.bauhauskooperation.de/wissen/das-bauhaus/koepfe/meister-und-lehrende/hinnerk-scheper/> [letzter Zugriff: 25.03.2021].
- 65 In den ersten Jahren des Instituts (1947–1949) waren dessen Ideen und Planungen durchaus auch für Westdeutschland gedacht und bezogen insbesondere West-Berlin immer in die Konzepte und Diskussionen mit ein.
- 66 BArch, DH 2/21682, Protokoll der Abteilungsleitersitzung des Instituts für Bauwesen vom 10.02.1949, o. Pag.

betrachtet werden müssten.⁶⁷ Ein Austausch zwischen Ost und West, insbesondere im Hinblick auf die sich gegenüberstehenden Systeme, schien den Beteiligten des Instituts auch im weiteren Verlauf des Jahres für möglich und wurde seitens der Mitglieder als wünschenswert betrachtet. Städtebaulich wollte man sich – vor der Teilung Berlins und Gesamtdeutschlands – an der *Charta von Athen* bzw. den Grundsätzen der CIAM (kurz für *Congrès Internationaux d'Architecture Moderne*⁶⁸) orientieren, gleichzeitig aber auch den Austausch über russische Entwicklungen im Städtebau fördern. So verwies ebenfalls Mächler in einer Sitzung vom 8. Juni 1949 auf die „historische Entwicklung des CIAM“ und bat Liebknecht zugleich um Kontaktaufnahme zum neu gegründeten „Städtebau-Ministerium in Moskau [...], damit dem IfB Material über den russischen Städtebau zugesandt“ werden könne.⁶⁹

Die Institutsmitglieder sahen sich als Vermittler zwischen Ost und West und hofften auf umfangreiche Handlungsspielräume, was in ihrem Aufgabenverständnis als „Hirten des Bauwesens“ begründet lag. Dass ihre Hoffnungen auf einem fragilen Fundament fußen, war ihnen durchaus bewusst, wie dem Protokoll der Abteilungsleitersitzung vom 13. Oktober 1949 zu entnehmen ist: Nur wenige Tage nach der Gründung der DDR begrüßte Hans Scharoun „die Herren von der Abteilung Technik und Wissenschaft [im sowjetischen Besatzungssektor, Anm. d. Verf.]“ als Gäste der Sitzung und bat „um Aufklärung, ob sich durch die Bildung der neuen Regierung in der Ostzone an dem Verhältnis zwischen IfB und den Kontrollstellen bzw. der DWK [= Deutsche Wirtschaftskommission, Anm. d. Verf.]“ etwas ändern würde.⁷⁰ Obwohl die Gäste dies zunächst verneinten, gaben sie zu Protokoll, dass sie „bis jetzt noch keine genauen Anweisungen der SMA [= Sowjetische Militär-Administration, Anm. d. Verf.]“⁷¹ erhalten hätten.

Auch ohne explizit auf die Veränderungen der staatlichen und strukturellen Rahmenbedingungen einzugehen, ist der politische und wirtschaftliche Druck, der auf dem IfB lastete, in den Sitzungsprotokollen ablesbar. Im Frühjahr des Jah-

67 Vgl. ebd.

68 Die Congrès Internationaux d'Architecture Moderne oder kurz CIAM (zu Deutsch Internationale Kongresse Moderner Architektur) waren in den Jahren von 1928 bis 1959 stattfindende Kongresse für Architekten und Stadtplaner, die als Denkfabrik zu verschiedensten Themen der Architektur und des Städtebaus fungierten. Auf dem IV. Kongress der CIAM im Jahre 1933 wurde die Charta von Athen verabschiedet, die die Aufgaben der modernen Siedlungsentwicklung thematisierte. Vgl. zur CIAM: Martin Steinmann (Hrsg.): CIAM. Dokumente 1928–1939, Basel/Stuttgart 1979.

69 Vgl. BArch, DH 2/21682, Protokoll der Abteilungsleitersitzung vom 08.06.1949, o. Pag.

70 Vgl. BArch, DH 2/21682, Protokoll der Abteilungsleitersitzung vom 13.10.1949, o. Pag.

71 Ebd.

res 1950 versuchten die Abteilungsleiter⁷² Duntz, Friedrich, Seitz und Weinberger, einen „Beitrag zu einem Programm für das Institut für Bauwesen“⁷³ zu leisten, in welchem sie zunächst die Situation und die Herausforderungen zu schildern versuchten, um daraus ableitend Arbeitsaufgaben und Handlungsweisen zu formulieren. Doch aus den Vorschlägen und Umstrukturierungsmaßnahmen sollte nichts werden. Das Institut wurde noch im selben Jahr geschlossen, vielleicht nicht zuletzt, weil sich einige der federführenden Abteilungsleiter (wie beispielsweise Scharoun und Scheper) gegen einen Verbleib in der DDR und für einen weiteren Werdegang in der Bundesrepublik entschieden hatten.

Zwischenfazit

Die Analyse der Vorstellungen und Ziele des MfA, des Berliner Magistrats sowie der DAW hat die jeweils divergierenden Vorstellungen deutlich zu Tage gefördert: Während die Institutionen MfA und Berliner Magistrat vorrangig erstrebten, politische Leitlinien durchzusetzen, und dabei einen Aufbau propagierten, der sich an ideologischen Vorstellungen orientierte, versuchte die DAW, die Entwicklungen auf eine fundierte wissenschaftliche Grundlage zu setzen. Letztgenannter Versuch scheiterte jedoch, da die Akteure der DAW den politischen Entscheidungen letztlich immer nachliefen, ihre wissenschaftlichen Einschätzungen und Bemühungen nicht den ideologischen Leitlinien entsprachen und sie kein Gehör fanden.

Im damaligen Spannungsfeld zwischen Aufbau und Ideologie hatten alle um den Erhalt des Schlosses bemühten Beteiligten kaum Gestaltungsmöglichkeiten und mussten sich den politisch-ideologischen Entwicklungen unterordnen. Wie groß der Glaube an Mitspracherecht und Gestaltungsspielraum war, zeigt sich unter anderem anhand der Enttäuschung von Hermann Henselmann und Gerhard Strauss nachdem sie im Juni 1950 von Otto Grotewohl und Walter Ulbricht lediglich darüber in Kenntnis gesetzt wurden, dass die Entscheidung gegen einen (Teil-)Erhalt des Schlosses gefallen sei. Die Entscheidung über den weiteren Umgang mit der Schlossruine lag, anders als Henselmann und Strauss es gehofft hatten, allein bei den SED-Parteivorsitzenden.⁷⁴ Um jedoch die Handlungsspielräume des Einzelnen innerhalb des Systems und der sich entwickelnden Strukturen der DDR nachvollziehen zu können und die Versuche verschiedener Beteiligter, gegen alle Widerstände einen Erhalt des Schlosses zu erwirken, aufzuzeigen,

72 Zu den Abteilungsleitern Duntz, Friedrich, Seitz und Weinberger waren keine weiteren Personenangaben zu ermitteln.

73 BArch, DH 2/21682, Beitrag zu einem Programm für das Institut für Bauwesen vom 31.03.1950, o. Pag.

74 Vgl. Bernd Maether: Die Vernichtung des Berliner Stadtschlösses. Eine Dokumentation, Berlin 2000, S. 60–61. Sowie: Anja Tuma: Denkmalpflege am Berliner Schloss, S. 27–28.

sollen im Folgenden die Akteure selbst zum Untersuchungsgegenstand werden. Dies geschieht unter anderem auch, um auf diese Weise die Grenzen und Möglichkeiten denkmalpflegerischer Prozesse anhand des konkreten Falls „Berliner Schloss“ aufzuzeigen.

2.2 Handelnde Akteure

Das breite Spektrum der damaligen Diskussionen um das Berliner Schloss wurde bereits in diversen Publikationen⁷⁵ aufgezeigt. Zahlreiche Personen haben sich an der Debatte beteiligt und ihre Position bekundet. Obwohl offensichtlich ist, dass es sich bei der Sprengung des Schlosses letztlich um einen politischen Akt gehandelt hat, bleibt die Frage nach der Handlungsmacht und den Handlungsspielräumen der in der DDR tätigen Denkmalpfleger bestehen – insbesondere im Hinblick auf diejenigen Akteure und Institutionen, die um Denkmalschutz und -pflege in der DDR bemüht waren und die sich in der Zeit nach dem Schlossabrisse noch etablieren würden. Im Folgenden soll nun ein gezielter Blick auf die handelnden Personen gerichtet werden, um der Frage nach möglichen Protagonisten im Bereich der Denkmalpflege für den eigentlichen Untersuchungszeitraum der Arbeit nachzugehen. Doch in welchem Zustand befand sich die Denkmalpflege in der DDR vor der Sprengung des Schlosses?

Zur Beantwortung dieser Frage soll zunächst die Gesamtsituation der Denkmalpflege in der DDR und insbesondere im geteilten Berlin aufgezeigt werden. Auf diese Weise kann das Spannungsfeld, in welchem die Denkmalpfleger tätig waren, ebenso dargestellt werden, wie die Positionen und Handlungsmöglichkeiten weiterer Akteure, die sich um eine Entscheidung für oder gegen den Erhalt des Schlosses bemühten.

Bis zur Auflösung der Länderstruktur im Jahr 1952 existierten in den fünf Ländern der Sowjetischen Besatzungszone bzw. in der DDR die Landesämter für Denkmalpflege, die sich um alle Belange der Denkmalpflege zu kümmern hatten. Drei Landesämter stammten bereits aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg und hatten ihre Sitze in Dresden (Sachsen), Halle (Sachsen-Anhalt) und Potsdam (Brandenburg). Unter der Leitung von Paul Viering⁷⁶ war 1946 in Schwerin (Meck-

75 So können beispielsweise genannt werden: Renate Petras: Das Schloß in Berlin; Anja Tuma: Denkmalpflege am Berliner Schloss; Bernd Maether: Die Vernichtung des Berliner Stadtschlösses; oder auch Karl Rodemann (Hrsg.): Das Berliner Schloss und sein Untergang. Ein Bildbericht über die Zerstörung Berliner Kulturdenkmäler, Berlin 1951. Sowie: Helmut Räther: Vom Hohenzollernschloss zum Roten Platz. Die Umgestaltung des Berliner Stadtzentrums, Berlin 1952.

76 Paul Viering (29.01.1880–08.02.1966): Architekt, Denkmalpfleger. Provinzialkonservator von Pommern, Landeskonservator sowie Landesamtleiter von Mecklenburg-Vorpommern.